



### Meischberger & Co

Das Buch analysiert anhand der großen Affären um Grasser & Meischberger, Eurofighter, Hypo und Bawag Fehlentwicklungen im Bereich Politik & Wirtschaft.



FOTOS: HEINZ TESAREK, GERT EGGENBERGER, RICHARD HERBERT, ROMAN ZACHNIESLING, MARCUS DEAK, HERSTELLER



# LAND DER DIEBE

**DAS BUCH.** Aufregung ums neue Buch von NEWS-Aufdecker Kurt Kuch.  
**NEUE ENTHÜLLUNGEN.** Die Beweise für die geheimen Geschäfte der Freiheitlichen in Kärnten.

### Das Geld & die Macht

Individuelle Gier, Parteienfinanzierung auf verschlungenen Wegen, Justizversagen an der Schnittstelle zwischen Politik & Wirtschaft. NEWS veröffentlicht die geheimen Dokumente, die belegen, wie Deals mit Parteien im Hintergrund wirklich laufen.





### Ernst Strasser, EU-Mandatar & Lobbyist

Dem früheren Innenminister ist ein eigenes Kapitel gewidmet, das sich mit seiner Lobbyistentätigkeit auseinandersetzt.



### Wolfgang Kulterer, Ex-Banker

Der frühere Hypo-Chef muss sich derzeit vor Gericht verantworten. Im Buch werden auch Millionengeschenke an Politiker aufgerollt.



### Tilo Berlin, Ex-Hypo-Manager

Der Weiterverkauf der Hypo nach Bayern und die dabei angefallenen Millionengewinne für Berlin und seine Investoren werden durchleuchtet.



### Stephan Zöchling, Vermittler

Zöchling verdiente an der Vermittlung von Hypo-Vorzugsaktien. Die blaue Agentur „Connect“ erstellte eine Beratungs-Rechnung für eine Zöchling-Firma.

## FEHLENTWICKLUNGEN unseres Systems legalisieren Korruption und fördern förmlich individuelle Gier-Exzesse.

**E**xzessive individuelle Gier, legalisierte Korruption, Justizversagen, Parteienfinanzierung, Wirtschaftskriminalität. Das sind die zentralen Themen im neuen Buch „Land der Diebe“ von NEWS-Chefreporter Kurt Kuch, das diese Woche im Ecowin-Verlag, bei dem schon Altkanzler Wolfgang Schüssel, Kardinal Christoph Schönborn, EU-Kommissar Franz Fischler und NEWS-Autorin Susanne Scholl publizierten, erscheint.

Die angesehenen „Süddeutsche Zeitung“ schrieb diese Woche über Kuchs Buch: „Das 237-seitige Werk sagt viel aus über die Selbstbedienungsmentalität der höheren Kreise.“

**Harte Systemkritik.** Das Buch ist eine umfassende Analyse der Fehlentwicklungen unseres politischen Systems, das Fälle wie Buwog, Bawag, Hypo und viele mehr möglich macht. Zugleich wird minutiös beschrieben, wie und warum es in derartigen Causen an der Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft immer wieder zu einem Versagen der Kontroll- und Strafverfolgungsbehörden kommt.

Die neue Qualität der Dreistigkeit beim wechselseitigen Geben und Nehmen zwi-

schen Politik und Wirtschaft wird mit zahlreichen, teils noch unveröffentlichten Affären belegt. Ebenso umfassend wird das Versagen der Justiz und der Gesetzgebung bei der Bekämpfung legalisierter, aber auch illegaler Korruption aufgezeigt.

**Legalisierte Korruption.** Penibel wird beschrieben, warum zielgerichtet verhindert wird, die dringendsten notwendigen gesetzlichen Grundlagen zur Bekämpfung der Korruption zu schaffen, wie Österreich in internationalen Korruptionsrankings Jahr für Jahr Plätze verliert und in einzelnen Studien bereits gleichauf mit Bulgarien liegt – weit entfernt vom Status skandinavischer und westeuropäischer Staaten.

Und es wird dokumentiert, wie die zuständigen Strafverfolgungsbehörden, die gerade in Fällen von Wirtschaftskriminalität oft Legionen von hochbezahlten Stارانwälen gegenüberstehen müssen, personell ausgehungert werden – und die Politik in Einzelfällen sogar Einfluss auf Ermittlungen nimmt. Besonders hart

**„Es ist das Gesetz, das vieles möglich macht.“**

*Bei uns ist erlaubt, wofür in zivilisierten Ländern sonst Haft droht.*

fällt die Kritik am heimischen Parteienfinanzierungsgesetz aus, das als „zahn- und sanktionslos“ beschrieben wird und Österreich „zu einem Paradies für Lobbyisten“ mache.

**Sonderfall Kärnten.** Der Kreis zwischen Geben und Nehmen, zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen legalisierter Korruption und fehlenden gesetzlichen Grundlagen schließt sich in Österreichs südlichstem Bundesland. Nirgendwo sonst wurde die Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft auch so offen – und mit einschlägigem Ergebnis – ausgelebt wie im Fall Hypo Alpe Adria.

Erstmals wird auch aus völlig neuen Akten und Dokumenten zitiert, die belegen, wie die Kärntner Justiz Verfahren gegen politisch einflussreiche Wirtschaftsbesitzer verjähren ließ.

**Festplattenkopie.** Und es wird von Datensätzen einer Festplattenkopie der Kärntner Freiheitlichen berichtet, die den Verdacht erhärten, dass in der Ära Jörg Haider



**ABRECHNUNG & AUFDECKUNG.** „Land der Diebe“, das neue Buch von NEWS-Politikchef Kurt Kuch.

in Kärnten ein sehr spezielles System der Parteienfinanzierung installiert wurde, das bis in die heutige Ära des FPK-Chefs Uwe Scheuch reicht.

**Immunisierung.** Weil zugleich auch die Mediengesetzgebung in Österreich zuweilen strikt und einschränkend gehandhabt wird – das beste Beispiel war das gerichtlich verordnete Berichtsverbot für NEWS, als es im März 2010 über den gesamten Hypo-Ermittlungsakt verfügte –, hat der Medienrechtsanwalt Gerald Ganzer das Buch einer umfassenden rechtlichen Prüfung unterzogen. Weil aber auch aus Telefonüberwachungsprotokollen, aus Tonbandmitschnitten und aus Verschlussakten zitiert wird, wurde ein weiterer rechtlicher Kunstgriff vorgenommen: Das Buch wurde durch eine parlamentarische

Anfrage des Grün-Abgeordneten Karl Öllinger medienrechtlich immunisiert. Denn über Verhandlungsgegenstände des Parlaments darf frei berichtet werden, auch wenn die Grenzen des österreichischen Medienrechts besonders eng sind.

**Die Blauen und ihre „Agentur“.** Gegen Ende der Recherche zum Buch wurde Kuch eine Kopie einer Festplatte der Kärntner Freiheitlichen zugänglich gemacht. Unter den Datensätzen fanden sich zahlreiche Rechnungen, Vereinbarungen, Briefwechsel und weiteres Material der Firma „Connect Werbe- und Beratungsagentur GmbH“, die im Alleineigentum der Freiheitlichen in Kärnten steht. Für diverse Beratungsleistungen verrechnete die „Connect“ zahlreichen Firmen enorme Summen.



**CLAUDIA BANDION-ORTNER.** Die Justizministerin hat dringenden Handlungsbedarf bei Fällen an der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft.

**„Wir ersuchen um baldige Überweisung auf unser Hypo-Konto.“**

*Standardfloskel aus den Rechnungen der blauen Agentur.*

Eine Rechnung, bei der ein Zusammenhang mit der Hypo-Affäre besteht (die Rechnung war an den Provisionär Stephan Zöchling gerichtet, der Hypo-Vorzugsaktien vertrieb), wurde im Buch veröffentlicht.

Weitere Rechnungen und Verträge zu der im Buch enthielten Affäre werden jetzt in NEWS aufgedeckt (siehe Seite 39). Die Liste der Rechnungsadressaten ist lang: Sie reicht von zahlreichen Baufirmen über die Agentur eines früheren ranghohen ÖVP-Mitarbeiters bis hin zum Kärntner Anwalt Gert Seeber.

Der Grün-Abgeordnete Karl Öllinger fordert jetzt bereits eine Kontenöffnung bei

der „Connect“ und den Kärntner Freiheitlichen. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter ortet einen „weitreichenden Sumpf der FPÖ-Parteienfinanzierung“, und BZÖ-Generalsekretär Christian Ebner forderte FPK-Chef Uwe Scheuch prompt auf, „für Aufklärung“ zu sorgen. Die „Part of the game“-Zeiten seien vorbei, so Ebner in Anspielung auf die von NEWS aufgedeckte Russen- und Parteipendenaffäre, für die sich Scheuch demnächst vor Gericht verantworten muss.

Der nun aufgedeckte Fall, wonach Zahlungen als Beratungsleistungen über eine partei-eigene Agentur abgewickelt werden, wirft zudem auch auf Scheuchs „Part of the game“-Affäre ein neues Licht.

Auf dem im Jänner 2010 veröffentlichtem Tonbandmitschnitt von einem Gespräch Scheuchs mit einem Berater findet sich nämlich ein Satz, der aus heutiger Sicht neu bewertet werden muss. Gefragt, wie der Zahlungsfluss in Sachen Staatsbürgerschaft für einen russischen Investor abgewickelt werden könnte, antwortete Scheuch damals nämlich: „Über die Modalität, die Art und Weise, muss man sich dann unterhalten. Ob es über eine Agentur läuft, das fände ich ganz gut, man

muss nur irgendwie zuwickeln.“

**Das Versagen der Kärntner Justiz.** Scheuch selbst kämpft derzeit darum, dass er in der „Part of the game“-Affäre nicht vor ein Kärntner Gericht gestellt wird. Bis Ende März will die Justiz festlegen, wo und wann gegen Scheuch verhandelt wird. Der FPK-Chef hofft, dass nicht in Kärnten verhandelt wird. Nur so sei ein „neutraler und fairer Prozess“ gewährleistet. Dabei scheint gerade die Klagenfurter Justiz die Samthandschuhe anzuziehen, wenn es um Prominente geht. So wird im Buch ein Schriftverkehr zwischen der Oberstaatsanwaltschaft Graz und der für den Hypo-Skandal zuständigen Staatsanwaltschaft Klagenfurt veröffentlicht.

Am 4. April 2008 schrieb die OStA Graz im Zusammenhang mit der Swap-Affäre (bei der die Bank 300 Millionen Euro verlor) an die Klagenfurter Kollegen. Es wäre zu prüfen, ob neben den Bankmanagern auch der Aufsichtsratsvorsitzende der Bank zur Verantwortung gezogen werden könne. Ausdrücklich weist die OStA darauf hin, dass „auf die Verjährungsproblematik“ Bedacht zu nehmen sei. Dann geschah nichts.

Bis am 28. August 2009 das Büro für Interne Angelegenheiten (BIA) von den Klagenfurtern einen Erhebungsauftrag erhielt. In der ▶



**Othmar Ederer, GraWe-Boss**

Der einflussreiche Chef der Grazer Wechselseitigen darf sich glücklich schätzen: Das Verfahren gegen ihn wurde „wegen Verjährung“ eingestellt.

**Karl-Heinz Moser, Steuerprofi**

Der exzellent vernetzte Wirtschaftsprüfer kann sich freuen. Auch bei ihm stellte die Klagenfurter Justiz „wegen Verjährung“ die Ermittlungen ein.

## JUSTIZVERSAGEN. Ein vernichtender Bericht wird zurückgehalten, Verfahren verjähren, internationale Organisationen werden angelogen.

► Zwischenzeit waren die Bankmanager verurteilt worden. Im Urteil zu diesem Verfahren wurde festgestellt, dass der Aufsichtsratsvorsitzende (der Wirtschaftsprüfer Karl-Heinz Moser) und sein Stellvertreter (der Chef der Grazer Wechselseitigen, Othmar Ederer) schon im Mai 2005 von den Swap-Verlusten informiert worden waren. Zitat: „Dr. Karl-Heinz Moser und Dr. Othmar Ederer haben weder eine Aufsichtsratssitzung einberufen noch die weiteren Mitglieder in den Aufsichtsratssitzungen vom 24. 6. 2005, 23. 9. 2005, 12. 12. 2005 über den in Rede stehenden Verlust in Kenntnis gesetzt. Erst in der Aufsichtsratssitzung vom 5. 4. 2006 sei erstmals über die Verluste von 300 Millionen Euro informiert worden, nachdem diese Verluste bereits medial dargestellt worden seien.“

Am 7. April 2010 verschickt die Staatsanwaltschaft Klagenfurt dann die Benachrichtigung von der Einstellung des Verfahrens gegen Moser und Ederer „aufgrund eingetretener Verjährung hinsichtlich Faktum Swap-Verluste“. Das heißt: Obwohl die Justiz frühzeitig das Problem der Verjährung erkannte, hat man die Causa gegen die politisch exzellent vernetzten Wirtschaftsmanager einfach verjähren lassen.

**Wenn das Justizministerium lügt.** Auch das Justizministerium wird im Buch hart kritisiert. Österreich ist Mitglied der GRECO, der Staatengruppe im Europarat zur Bekämpfung der Korruption. Die GRECO überprüft immer wieder die Maßnahmen ihrer Mitgliedsländer zur Korruptionsbekämpfung.

Der im November 2007 erstellte Bericht zu Österreich fiel desaströs aus. Die GRECO gab gleich 24 (!) Empfehlungen vor, die Österreich umsetzen

### „Justizielle Sonderbehandlung für Politiker ist keine Ausnahme.“

Über kuriose Einstellungsbegründungen von Verfahren gegen Politiker.

sollte. Das vernichtende Ergebnis wollte das zuständige Justizministerium lange nicht öffentlich machen. Erst am 19. Dezember 2008, also zu einer Zeit, wo Durchschnittsbürger andere Interessen haben, wurde der Veröffentlichungspflicht nach massiven internationalen Beschwerden nachgekommen. Zur Stellungnahme schöpfte man abermals die volle Frist aus. Erst am 31. Dezember 2009 gab das Justizministerium seine Stellungnahme ab, die RS-Report heißt.

Abgesehen davon, dass Österreich fünf wichtige Emp-

fehlungen überhaupt nicht umgesetzt hat, berichtete das Justizministerium an GRECO, dass in Österreich eine Anzeigepflicht für Rechnungshöfe bestünde.

Nur drei Monate später erging vom selben Ministerium eine sogenannte „Mitteilung“ an alle Dienststellen der Justiz und auch an die Rechnungshöfe. In dieser Mitteilung verkündete das Justizministerium nun, dass in Österreich keine Anzeigepflicht für Rechnungshöfe besteht.

**Der Willkür die Tür öffnen.** Das bedeutet nicht nur, dass GRECO falsch informiert wurde, sondern auch, dass der politischen Willkür nun Tür und Tor geöffnet wurde.

Entdeckt nun beispielsweise ein Landesrechnungshof im Rahmen einer Prüfung eine Straftat, muss er diese nicht mehr bei der Justiz zur Anzeige bringen. Nun ist es aber so, dass Rechnungshöfe Stellen prüfen, die eine politische Führung mit klarer Verantwortlichkeit haben.

Viele Landesrechnungshofdirektoren verfügen nur über

eine vierjährige Amtszeit und müssen dann von der jeweiligen Landtagsmehrheit wiedergewählt werden.

Frage: Von wem darf ernsthaft erwartet werden, dass er seinen „Arbeitgeber“ aus freien Stücken und ohne Verpflichtung bei der Staatsanwaltschaft anzeigt, wenn der Angezeigte wenig später über die berufliche Zukunft des Anzeigers zu entscheiden hat?

Der Fall zeigt zudem, dass es an der Zeit ist, die Forderungen der Rechnungshöfe endlich umzusetzen, zumindest zehnjährige Amtszeiten der Behördenleiter einzuführen und die Wiederwählbarkeit derselben abzuschaffen.

**KHG, Meischi & Co.** Ausführlich werden im Buch auch die Causen Grasser und Meischberger beleuchtet, Akten des Abwehramtes zum umstrittenen Eurofighter-Kaufvertrag publiziert und das Geschäft mit Staatsbürgerschaften und Aufenthaltstiteln für „Investoren“ beleuchtet.

Die akuteste politische Sprengkraft beinhaltet freilich das Kapitel über Parteienfinanzierung am Beispiel der Kärntner Freiheitlichen. Hier wird in den nächsten Wochen noch umfassend zu klären sein, wer für welchen Zweck welche Summen bezahlt hat.

# Aufgedeckt: Die geheimen Rechnungen der blauen Agentur

**BRISANT.** Eine Firma, die Kärntens Freiheitlichen gehört, schreibt zahlreiche Rechnungen für aufklärungswürdige Beratungsleistungen. Die Verantwortlichen schweigen sich aus.

Datensätze sind immer eine heikle Sache. Sie werden gesichert, immer wieder kopiert, versandt – und vor allem: Sie enthalten versteckte Informationen, die es selbst nach Jahren möglich machen, festzustellen, wer wann welches Dokument erstellt und bearbeitet hat. Zahlreiche Datensätze der Freiheitlichen in Kärnten liegen nun NEWS vor. Interessant sind dabei vor allem zahlreiche Rechnungen, Verträge, Schriftverkehr mit Behörden und der Finanz, die namens der „Connect Werbe- und Beratungsagentur GmbH“ im Alleineigentum der Partei erstellt wurden.

Die Datensätze legen den Verdacht nahe, dass die Freiheitlichen in Kärnten in den letzten Jahren offenbar ein sehr spezielles Parteienfinanzierungssystem eingerichtet haben.

Geschäftsführer der „Connect“ ist Manfred Stromberger, seines Zeichens Landtagsabgeordneter und von 2003 bis 2009 Landesgeschäftsführer der Freiheitlichen in Kärnten.

**Von Jörg Haider bis Uwe Scheuch.** Die gesicherten Datensätze der Partei reichen zurück bis ins Jahr 2003, jene der „Connect“ beginnen gleich mit der Gründung des Unternehmens im Dezember 2006. Die meist recht kurz gehalte-



**UWE SCHEUCH.** Die Agentur der Kärntner Blauen wurde unter Haider gegründet, unter Scheuch schreibt sie noch immer Rechnungen.



nen Rechnungen mit recht soliden Rechnungshöhen werfen viele Fragen auf.

Denn die Begründungen der Rechnungen sind oft sehr

kurzgehalten. Es geht um „Layout-Beratung“, „Anrainer-Beratung“, um „Marketing-Beratung“ und andere recht pauschal gehaltene Beratungsleistungen.

**Zentralfigur Seeber.** Besonders interessant scheint ein Datensatz, der eine „Vereinbarung“ mit dem renommierten Rechtsanwalt Gert Seeber betrifft. In dem Dokument heißt es: „Die Firma Connect Werbe- und Beratungsagentur Ges.m.b.H. verfügt über ausgezeichnete Kontakte zu mehreren Mitgliedern der Kärntner Landesregierung, insbesondere auch zum Wirtschafts- und Tourismusreferat, weiters zur Geschäftsführung verschiedener Tochtergesellschaften des Landes Kärnten oder solcher Gesellschaften, die zumindest im maßgeblichen Einfluss des Landes Kärnten stehen. Ebenso verfügt die Connect Werbe- und Beratungsagentur Ges.m.b.H. über gute Kontakte zu maßgeblichen Exponenten der Klagenfurter Stadtregierung (Stadtssenat) und zu verschiedenen maßgeblichen Spitzenmandataren (Bürgermeistern, Vizebürgermeistern) weiterer Gemeinden in Kärnten.“

Und weiter: „Die Connect Werbe- und Beratungsagentur Ges.m.b.H. ist daher in der Lage, Auftragserteilungen an Rechtsanwalt Dr. Gert Seeber zu fördern und Herrn Dr. Seeber in solchen Dingen strategisch zu beraten und auf die Genehmigung und Zuerkennung ausreichend hoher Vertretungshonorare einzuwirken. Die Firma Connect Werbe- und Beratungsagentur Ges.m.b.H. wird sich daher bemühen, dass sowohl in diesem Jahr als auch in den Folgejahren entsprechende Aufträge an die Rechtsanwaltskanzlei Dr. ▶

## AUFSCHLUSSREICH. Die digitalen Dokumente der Agentur der Kärntner Freiheitlichen.

► Gert Seeber erteilt werden, sei es Mandate im Auftrag des Landes Kärnten direkt oder durch im Einflussbereich des Landes Kärnten und/oder anderer Kärntner Gemeinden stehende Gesellschaften wie beispielsweise die Kärnten Tourismus Holding AG.“

Im Gegenzug – so ist zu lesen – erhalte die „Connect“ eine „Akquisitionsprämie“, die in den Folgejahren „30% zuzüglich Umsatzsteuer des Nettohonorars“ betragen solle, sofern nicht in konkreten Fällen eine andere Vereinbarung getroffen werde. In den (versteckten) Metadaten der Datei ist als Erstellerin des Dokuments der Name einer Sekretärin Seebers eingetragen. Derartige Einträge müssen nicht manuell vorgenommen werden, Programme wie „Word“ speichern im Hintergrund Informationen wie den Namen des Erstellers, das Erstellungsdatum eines Dokuments und vieles andere automatisch.

Zudem existiert ein Word-Dokument vom Februar 2008 mit der Rechnungsnummer „1012008“ zu „Auftragsakquisitionen“. Darin steht: „Sehr geehrter Herr Dr. Seeber! Wir dürfen hiermit im Sinne unserer mündlichen Abmachungen festhalten, dass wir unsere Akquisitionsprämie für die Erreichung der Mandate in obig genannten Rechtsangelegenheiten zugunsten Ihrer Kanzlei mit einem Pauschale von (...) € 240.000 verrechnen.“ Und weiter: „Durch dieses großzügige Entgegenkommen helfen Sie uns, einen bei uns gegebenen momentanen Liquiditätseingpass zu überbrücken. Selbstverständlich bleibt davon unberührt unsere Verpflichtung, Aufträge zugunsten Ihrer Kanzlei zu akquirieren, für die von Ih-



**CONNECT-BOSS.** Der FPK-Politiker und Landtagsabgeordnete Manfred Stromberger ist der Geschäftsführer der Parteiagentur „Connect“. Über den Fall Seeber will er nicht sprechen: „Das ist ein Geschäftspartner, da kann ich nicht einfach so drüber reden.“

### Vereinbarung

1. Die Firma Connect Werbe- und Beratungsagentur Ges.m.b.H. verfügt über ausgezeichnete Kontakte zu mehreren Mitgliedern der Kärntner Landesregierung, insbesondere auch zum Wirtschafts- und Tourismusreferat, weiters zur Geschäftsführung verschiedener Tochtergesellschaften des Landes Kärnten oder solcher Gesellschaften, die zumindest im maßgeblichen Einfluss des Landes Kärnten stehen. Ebenso verfügt die Connect Werbe- und Beratungsagentur Ges.m.b.H. über gute Kontakte zu maßgeblichen Exponenten der Klagenfurter Stadtregierung (Stadtssenat) und zu verschiedenen maßgeblichen Spitzenmandatären (Bürgermeistern, Vizebürgermeistern) weiterer Gemeinden in Kärnten.

Die Connect Werbe- und Beratungsagentur Ges.m.b.H. ist daher in der Lage, Auftragserteilungen an Rechtsanwalt Dr. Gert Seeber zu fördern und Herrn Dr. Seeber in solchen Dingen strategisch zu beraten und auf die Genehmigung und Zuerkennung ausreichend hoher Vertretungshonorare einzuwirken.

Die Firma Connect Werbe- und Beratungsagentur Ges.m.b.H. wird sich daher bemühen, dass sowohl in diesem Jahr als auch in den Folgejahren entsprechende Aufträge an die Rechtsanwaltskanzlei Dr. Gert Seeber erteilt werden, sei es Mandate im Auftrag des Landes Kärnten direkt oder durch im Einflussbereich des Landes Kärnten und/oder anderer Kärntner Gemeinden stehende Gesellschaften wie beispielsweise die Kärnten Tourismus Holding AG.

nen schon Akontierungen an uns überwiesen wurden.“

In den Metadaten dieser Word-Datei wird als Erstellerin des Dokuments eine Partei-Sekretärin genannt.

**Stromberger: „Da kann ich nicht einfach so drüber reden.“** NEWS konfrontierte den „Connect“-Geschäftsführer und Politiker Manfred Stromberger am Dienstag dieser Woche mit den Sachverhalten. Stromberger: „Das ist eine betriebsinterne Geschichte. Ich muss mir das heute erst anschauen.“ Und zur Vereinbarung mit Seeber sagt Stromberger: „Das ist ein Geschäftspartner, da kann

ich nicht einfach so drüber reden.“ NEWS kontaktierte auch die Rechtsanwaltskanzlei Seebers, deponierte den Sachverhalt und bat um Stellungnahme. In der Kanzlei hieß es, der Anwalt sei „derzeit außer Haus“, man werde ihn kontaktieren, er werde sich melden. Bis zu Redaktionsschluss von NEWS gab es keine Stellungnahme Seebers.

**Die Red-Carpet-Rechnung.** Stark ins Auge sticht eine Rechnung aus der Ära des Parteiobermanns Uwe Scheuch. Am 6. Februar 2009 – somit kurz vor der so wichtigen Kärntner Landtagswahl, die am 1. März

2009 stattfand – stellte die blaue „Connect“ die Rechnung Nummer 102/2009 an die Wiener Firma „Red Carpet Academy & Business Coaching KG“. Die Rechnungssumme: schlappe 60.000 Euro. Der lapidare Rechnungstext: „Beratung Marketing-Konzept“.

Unbeschränkt haftender Gesellschafter der „Red Carpet Academy & Business Coaching KG“ ist Stefan Krenn.

Krenn war einst enger Mitarbeiter des ÖVP-Staatssekretärs Reinhold Lopatka, ist in der Bundes-ÖVP perfekt vernetzt und ist auch Mehrheitsgesellschafter der „Red Carpet Opinionleader Consulting GmbH“. NEWS sandte Krenn eine Kopie der Rechnung von der Festplatte der Kärntner Freiheitlichen.

Krenn: „Das ist richtig, die ‚Connect‘ hat für uns einen Auftrag abgewickelt. Es ging um Marketingberatung.“ Auch die Rechnungshöhe von 60.000 Euro sei korrekt: „Das war die Leistung der ‚Connect‘ auch wert.“ Er sei nur deshalb auf die „Connect“ gekommen,

weil das „die einzige Agentur war, die ich in Kärnten kannte“. Und gekannt habe er die blaue Parteiagentur „aus meiner früheren Tätigkeit in der ÖVP, aus der Zeit von Schwarz-Blau“.

Um Parteienfinanzierung sei es in seinem Fall jedoch nicht gegangen, so Krenn: „Ich möchte den Namen meines Kunden nicht nennen, kann aber versichern, dass der Kunde und diese Marketingberatung absolut gar nichts mit Politik zu tun hatte. Es ging um Medienkooperationen, um Zielgruppendefinitionen, um ganz klassische Dinge.“

KURT KUCH